

Hilfe für den Henker

Zeitgeschichte Wie Konrad Adenauer, Willy Brandt und weitere bundesdeutsche Spitzenpolitiker sich für NS-Täter verwendeten, die nach Kriegsende im Ausland in Haft saßen. *Von Felix Bohr*

Willy Brandt ist bester Stimmung, als er am 23. November 1970 in Rom eintrifft. Die italienische Regierung begrüßt ihn herzlich und mit militärischen Ehren. Der Kanzler ist beliebt hier, als ehemaliger Widerstandskämpfer steht er für ein modernes Deutschland, frei vom Muff der NS-Vergangenheit.

Erst wenige Monate zuvor hat Brandt in einem Vertrag mit der Sowjetunion die Oder-Neiße-Linie als deutsche Grenze zu Polen für unverletzlich erklärt. Im Kalten Krieg gilt er als Visionär des Friedens. Sein italienischer Amtskollege lobt ihn in einem Vieraugengespräch für die neue Ostpolitik, die Aussöhnung mit Polen, und versichert ihm seiner Unterstützung.

Später setzen die Delegationen die Gespräche fort. Es geht um die westeuropäische Zusammenarbeit, den Nahostkonflikt, die Einführung des Farbfernsehens in Italien. Am Ende der Sitzung, gegen 19 Uhr, ergreift Brandt das Wort: Er sei in seinem Land dabei, »die Folgen des Zweiten Weltkriegs abzubauen«. In diesem Sinne bitte er die italienische Regierung zu prüfen, ob nicht »eine abschließende Regelung des Falls des letzten deutschen Kriegsverurteilten in Italien, Kappler, möglich« sei, aus humanitären Gründen.

Kappler, Herbert, geboren 1907, ab 1943 Kommandeur der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS in Rom: Er befehligte im März 1944 das Massaker in den Ardeatinischen Höhlen. Die deutschen Besatzer wählten 335 Italiener willkürlich aus und richteten sie in einem stillgelegten Bergwerk durch Genickschuss hin, um einen Anschlag von Partisanen auf ein deutsches Polizeibattalion zu rächen. Nach dem Krieg verurteilte ein italienisches Militärgericht Kappler wegen Mord zu lebenslanger Haft.

Ministerpräsident Colombo antwortet diplomatisch-ausweichend auf Brandts Bitte. Er teile die »menschlichen Gründe«, seine Regierung brauche aber Bedenkzeit. Colombos Stellvertreter, der Sozialist Francesco De Martino, macht dem Kanzler weniger Hoffnung: Er verweist auf die ablehnende Haltung der italienischen Bevölkerung. Das Massaker ist seit 1945 das Symbol für den Terror der Deutschen in Italien vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Kappler ist zu diesem Zeitpunkt seit 25 Jahren in Haft. In anderen westeuro-



Häftling Kappler 1945: 335 Italiener starben durch Genickschuss

päischen Ländern sitzen weitere NS-Täter noch lange nach Kriegsende ein. Zu den bekanntesten zählen die »Vier von Breda«. Die ehemaligen SS-Schergen Willy Lages, Ferdinand aus der Fünften, Franz Fischer und Joseph Kotalla verbüßen in der niederländischen Stadt lebenslange Strafen. Die ersten drei hatten die Deportation Zehntausender niederländischer Juden mitorganisiert, unter ihnen Anne Frank und ihre Familie; Kotalla war stellvertretender Lagerkommandeur des KZ Amersfoort gewesen und hatte Häftlinge sadistisch gequält.

Sie alle können auf Hilfe aus der Heimat zählen. Während NS-Opfer in der Bundesrepublik um Anerkennung und vielfach um Entschädigungen kämpfen müssen, unterstützt die Regierung in Bonn die NS-Täter, die im Ausland inhaftiert sind, auf vielfältige Weise. Sie zahlt übermäßig hohe Anwaltskosten, überweist den Gefangenen ein Taschengeld. Das Engagement geht jahrzehntelang weit über das hinaus, was die Grundsätze des gesetzlichen »Rechtsschutzes« vorsehen, der bis heute jedem Bundesbürger in ausländischem Gewahrsam zusteht.

Bislang unbekannte Akten aus deutschen, italienischen und niederländischen Archiven belegen nun das Ausmaß dieser verdeckten Hilfe. Im Namen der Bundesregierung erhielten die Täter sogar »Liebesgabenpakete«, gefüllt mit Zigaretten, Cognac und Konserven. Auch der diplomatische Druck war hoch. Im Fall Kappler forderten westdeutsche Regierungsmitglieder bei nahezu jedem bilateralen Treffen die Freilassung. Für die Kriegsverbrecher verwendeten sich Spitzenpolitiker wie Konrad Adenauer, Helmut Schmidt, Hans-Dietrich Genscher, Richard von Weizsäcker und eben auch Willy Brandt. Die Hilfe endete erst im Januar 1989, als die letzten beiden NS-Täter, Franz Fischer und Ferdinand aus der Fünften, freikamen.

Schon der Regierung Adenauers, der von 1949 bis 1963 als Kanzler amtierte, war die Freilassung der Kriegsverbrecher wichtig. Das entsprach der Mehrheitsmeinung der bundesdeutschen Bevölkerung. Auch der Kölner Kardinal Joseph Frings und andere Kirchenführer plädierten für eine Amnestie verurteilter NS-Täter. Dabei waren die meisten längst frei.

Die alliierte United Nations War Crimes Commission hatte ursprünglich 34 270 mutmaßliche NS-Täter in Europa identifiziert. Am 1. April 1950 befanden sich nur noch 3631 in westlichem Gewahrsam. Das Interesse der USA und Großbritanniens an einer systematischen Verfolgung von Kriegsverbrechen schwand im beginnenden Ost-West-Konflikt. Die Bundesrepublik war nun ein wichtiger Vorposten, den es zu stabilisieren galt. Und Millionen Bun-



Bundeskanzler Brandt im November 1970 in Rom: »Die Folgen des Weltkriegs abbauen«

desbürger blendeten die NS-Kriegsverbrechen aus: Im kollektiven Gedenken nahmen Flucht, Vertreibung und Bombenkrieg den größeren Raum ein.

Die rechtliche Betreuung der inhaftierten Kriegsverbrecher oblag der Zentralen Rechtsschutzstelle in Bonn, die später dem Auswärtigen Amt angegliedert wurde. Ihr Leiter Hans Gawlik hatte vor 1945 als NS-Staatsanwalt am Landgericht Breslau an zahlreichen Todesurteilen mitgewirkt. Seine neue Funktion nutzte er, um die Strafverfolgung ehemaliger NS-Handlanger zu vereiteln: Einmal warnte er etwa 800 Deutsche und Österreicher vor Reisen nach Frankreich. Als Herbert Kappler in seiner Zelle von der Gründung der Zentralen Rechtsschutzstelle erfuhr, freute er sich, dass »sich die Heimat wieder um einen kümmern darf«.

Gawlik engagierte – anders als üblich – nicht nur einen, sondern gleich drei Verteidiger für Kappler. Sie sollten die Berufung unterstützen, die Kappler 1948 eingelegt hatte. Ein Beamter des Bundesjustizministeriums gab zu bedenken, dass das Honorar in Höhe von 12 000 Mark, nach heutiger Kaufkraft etwa 30 000 Euro, »außerhalb jedes Verhältnisses« liege. Die Rechtsschutzstelle argumentierte, das Verfahren gegen Kappler sei »einer der größten Prozesse, die in Italien gegen deutsche Kriegsgefangene durchgeführt wurden«.

Das Verbrechen nannten die Bonner Behörden nicht beim Namen. In der Sprachregelung des Bundespräsidialamts, des Kanzleramts und des Auswärtigen Amts galten Kappler und die Breda-Häftlinge mitunter gar als »kriegsgefangene

Deutsche im Westen« oder »deutsche Gefangene im Ausland«. Im Lauf der Jahre setzte sich im Beamtendeutsch der verschleierte Begriff »Kriegsverurteilte« durch.

Trotz der Hilfe verlor Kappler auch in der Berufung. Kollektivstrafen nach Partisanenanschlägen schloss das Völkerrecht zwar nicht grundsätzlich aus, die Morde in den Ardeatinischen Höhlen waren aber mit besonderer Grausamkeit durchgeführt worden. Auch ließ Kappler mehr Menschen erschießen als vorgesehen. Ab November 1951 war er der einzige deutsche Kriegsverbrecher, der eine Haftstrafe in Italien verbüßte. Hunderte NS-Täter hatten das Land bereits 1945 unerkannt verlassen. Andere wurden von der italienischen Regierung und von alliierten Gerichten amnestiert, unter ihnen einstige Befehlsgeber Kapplers. Sie trugen größere Verantwortung als er, waren aber nicht so berüchtigt wie der »Henker von Rom«.

Bonns Diplomaten setzten ihre Lobbyarbeit fort. Allein im Fall Kappler intervenierte die bundesdeutsche Seite zwischen 1955 und 1958 zehnmal mit Gnadengesuchen, Mahnungen und Bittbriefen.

Für die Inhaftierten kämpften auch ehemalige Kriegskameraden. Jahrzehntelang taten sich einstige Angehörige der Waffen-SS hervor. Sie schlossen sich bereits 1939 in einem eingetragenen Verein zusammen. Der Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit Hinzu kamen die im Verband der Heimkehrer organisierten Frontkämpfer und zahlreiche »Soldatenverbände«. Sie alle unterstützten ihre ehemaligen Kameraden. Die Bonner Behörden erreichten über d-

Jahre Tausende Eingaben. Protestschreiben und Petitionen.

Während der Niederländischen Woche in Stuttgart 1955 verteilte der Verband der Heimkehrer 10 000 Flugblätter, die auf das »Schicksal der deutschen Kriegsverurteilten in Breda« hinwiesen. Die Organisation rief zum Boykott niederländischer Tulpen und Tomaten auf. Mitglieder nutzten Urlaubsreisen nach Holland, um unangekündigt vor der Justizvollzugsanstalt in Breda aufzutreten: Sie verlangten, den Direktor zu sprechen.

1963 waren im westeuropäischen Ausland nur noch fünf NS-Verbrecher inhaftiert: Kappler und die »Vier von Breda«. Sie seien der »harte Kern der schlimmsten Schurken«, sagte der niederländische Botschafter. Bonn drängte weiterhin beharrlich auf die Amnestie, doch ähnlich der italienischen Regierung lehnte die niederländische alle Gnadengesuche ab. Der inhaftierte Kotalla sagte kurz darauf zu einem Botschaftsmitarbeiter, der die »Kriegsverurteilten« regelmäßig besuchte, er habe alle Hoffnung aufgegeben, in seinem Leben noch einmal in Freiheit zu sein: Er als kleiner Mann habe die Quittung bekommen, während seine Vorgesetzten, die ihn zu dieser »Drecksarbeit« angehalten hätten, bereits entlassen worden seien.

Die Chancen der Häftlinge auf eine Freilassung schwanden zusehends. Der Prozess gegen den Holocaust-Organisator Adolf Eichmann 1961 rief aller Welt den Völkermord an den europäischen Juden ins Gedächtnis. Die Botschaft in Rom kam zu dem Schluss, das Gerichtsverfahren werde die internationale Öffentlichkeit »zum Nachteil Deutschlands beeinflussen«. Für die ehemaligen Widerstandskämpfer und die jüdischen Gemeinden in Italien und den Niederlanden war es eine Frage der historischen Gerechtigkeit, dass die NS-Täter inhaftiert blieben.

Die Bonner Regierung engagierte sich von nun an verdeckter als vorher. Zu dieser Zeit bahnte sich Willy Brandt den Weg an die Macht. Auch seine SPD war in den Fünfzigerjahren aus der Opposition heraus dafür eingetreten, NS-Täter freizulassen. »Die SPD trug die Amnestiepolitik der Adenauer-Regierung im Nachkriegsjahrzehnt weitgehend mit«, sagt die Jenaer Historikerin Kristina Meyer. Sie habe Wähler nicht dadurch vergraulen wollen, dass sie sich allzu sehr um Aufarbeitung bemüht hätte: »Die Entwicklung zur Volkspartei sollte nicht gefährdet werden.«

Als Brandt 1969 Kanzler wurde, ging er in seiner berühmten Regierungserklärung (»Wir wollen mehr Demokratie wagen«) auch auf sein geschichtspolitisches Programm ein: Die westdeutsche Demokratie habe 20 Jahre nach ihrer Gründung »ihre Probe bestanden«. Seine Regierung wende sich an die »im Frieden nachgewachsenen

Generationen, die nicht mit den Hypotheken der Älteren belastet werden dürfen«. Zu den Hypotheken zählte der neue Kanzler auch Kappler und die inzwischen nur noch »Drei von Breda«. Willy Lages war wegen einer lebensgefährlichen Erkrankung in ein Hospital im Harz überstellt worden.

Wenige Monate nach seiner Romreise im November 1970 sprach Brandt den Fall Kappler beim Gegenbesuch von Ministerpräsident Colombo in Bonn erneut an. Er schickte SPD-»Sondergesandte« nach Den Haag, um Abgeordnete der niederländischen Schwesterpartei PvdA zu bearbeiten. Und er schrieb Briefe an italienische Regierungsmitglieder: »Ich bin sicher, dass das italienische Volk einen großzügigen Gnadentakt letztlich verstehen und anerkennen wird.«

Den Kanzler trieb wohl vor allem die Idee, die »innere Aussöhnung des deutschen Volkes« zu erreichen, sagt der Historiker Bernd Rother von der Willy-Brandt-Stiftung. Er habe die Meinung vertreten, »dass auch ehemalige Befürworter des Hitlerregimes eine zweite Chance verdienten, wenn sie sich in den Dienst der Demokratie stellten«. Brandt sagte später, man könne ein Volk nicht »in seiner Schuld und Mitverantwortung eingraben«.

Die »alten Kameraden« setzten die Bundesregierungen mit öffentlichen Aktionen unter Druck.

Auch humanitäre Aspekte spielten eine Rolle. Seit den Sechzigerjahren hatte sich eine moderne Auffassung des Strafvollzugs durchgesetzt. Lebenslang dauernde Haftstrafen galten inzwischen als unmenschlich. Die vier Häftlinge waren zudem alt und krank. Brandts ehemaliger Büroleiter im Auswärtigen Amt, Hans Arnold, nennt Empathie und Mitleid als wichtige Motive des Kanzlers.

Doch Brandt war auch Machtpolitiker. Unter anderem wollte er der konservativen CDU/CSU-Opposition, die ihn wegen seiner Ostpolitik anfeindete, keine weitere Angriffsfläche bieten. Seinem Erzfeind Franz Josef Strauß versicherte er im Juni 1971 vertraulich, dass seine Regierung »jede ihr vernünftig erscheinende Initiative zugunsten von Herrn Kappler unternommen hat und weiterhin unternehmen will«.

Wenige Wochen nachdem Brandt für seine Ostpolitik der Friedensnobelpreis zugesprochen worden war, schrieb sein Berater Leo Bauer an den SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner: »Am Dienstag sagte mir Willy, es sei angeregt worden, die Nobelpreisverleihung zu benutzen, um zu versuchen, über die besonderen Bezie-

hungen etwas für Herrn Kappler zu tun. Er fragte mich, was ich davon halte. Du kennst meine Einstellung zu der Geschichte. Ich habe sofort ja gesagt.«

Kappler hatte dem Kanzler per Brief zu dem Preis gratuliert. Mit den »besonderen Beziehungen« waren die Kontakte der SPD zu Anführern der Kommunistischen Partei Italiens gemeint. Deren Mitglieder waren gegen eine Amnestie, viele hatten als Partisanen gegen Hitler-Deutschland gekämpft. Bauer flog nach Rom. Seine Gesprächspartner sagten ihm, ihre Partei könne in der Causa Kappler nicht aktiv werden. Sie räumten aber ein, dass es keine Lösung sei, den Häftling »bis zum Ende seines Lebens im Gefängnis zu lassen«.

Ihr Vorschlag: Kappler solle ein Gnadengesuch an den italienischen Präsidenten stellen, das die Kommunistische Partei nicht torpedieren werde. Zudem sei es »im Sinne der Atmosphäre« gut, wenn der Kanzler »bei der Entgegennahme des Nobelpreises ... auch ein Wort zur Rolle der Widerstandsgruppen sagen könnte«.

Brandt kam der Bitte nach. Am 10. Dezember 1971 nahm er den Nobelpreis entgegen, am folgenden Tag hielt er in der Universität Oslo seine Nobelvorlesung zum Thema »Friedenspolitik in unserer Zeit«. Darin sagte er: »Den Männern und Frauen des Widerstands gegen Hitler bin ich gerade auch hier ein Wort des Respekts schuldig. Ich grüße die ehemalige Résistance in allen Ländern.«

Drei Tage später schrieb Leo Bauer in euphorischem Ton an seine Kontakteleute in Rom: »Ich hoffe, dass das den Intentionen entsprach.« Bauer verwies darauf, dass es für die SPD einen enormen Imagegewinn in konservativen Kreisen bedeuten würde, wenn gerade sie die Freilassung erreichen könnten. Doch die Kommunistische Partei zeigte sich unbeeindruckt. Während Brandt mit seiner Ostpolitik vergleichsweise schnell vorankam – bei Kappler änderte sich nichts. Der Deutsche war auch ein Gefangener der italienischen Innenpolitik, sein Fall wurde auch instrumentalisiert.

In einem Interview mit dem »Stern« platzte dem Kanzler 1973 der Kragen: Man müsse mit den »musealen Überbleibseln des letzten Krieges fertig werden«. Er habe sich als Außenminister und als Kanzler »den Mund füsselig geredet, um einen Mann aus einem italienischen Gefängnis herauszubekommen«. Die Italiener bezichtigte er der »Heuchelei«.

In Italien herrschte Empörung, in der Bundesrepublik kam der Beifall von rechts. Die Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit sprach von einer klärenden und ermunternden Wirkung. Kapplers Frau Anneliese, die den Kriegsverbrecher 1972 im Gefängnis geheiratet hatte, dankte dem Kanzler für dessen »Zivilcourage«. Brandt ließ unterdessen eine halbherzige Entschul-



FOTO: G. UHLMANN / ANSA / AP / PHOTOFEST

SS-Offiziere bei der Deportation von Juden in Westerbork 1943: Die Behörden nannten das Verbrechen nicht beim Namen

digung veröffentlichen: Er habe das Wort »Heuchelei« im abstrakten Sinne gemeint.

Bis zu seinem Rücktritt 1974 intervenierte Brandt noch zweimal zugunsten der »Kriegsverurteilten«. Helmut Schmidt, sein Nachfolger, führte die Bemühungen fort. Die »alten Kameraden« setzten auch seine Regierung mit öffentlichen Aktionen unter Druck. Der Verband der Heimkehrer überreichte 1974 den Botschaftern der Niederlande und Italiens Gnadengesuche mit je 200 000 Unterschriften. Im Jahr darauf druckte der Verband 300 000 Flugblätter: »Gebt sie endlich frei!«

Die Unterstützer Kapplers verknüpften ihre Amnestieforderungen und einen Milliardenkredit der Bundesregierung: Das Geld, das Italien zugesagt worden war, sollte nur fließen, wenn Kappler freikomme. Kanzler Schmidt war offenbar gleicher Ansicht. In einem Gespräch mit dem österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky 1975 klagte er, die Bundesregierung sei für Kappler »16-mal in fünf Jahren vorstellig geworden« – und selbst der Milliardenkredit sei ohne Wirkung geblieben.

Auch Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) kam in Gesprächen mit seinen Amtskollegen in Rom und Den Haag nicht weiter. Der Fall Kappler fand dennoch bald ein Ende: In der Nacht zum 15. August 1977 gelang dem inzwischen krebserkrankten Kriegsverbrecher mithilfe seiner Frau die Flucht aus einem römischen Militärhospital. Er starb wenige Monate später, zu seiner Beisetzung im nie-

dersächsischen Soltau kamen mehrere Hundert Menschen.

Als 1979 Joseph Kotalla in seiner Zelle starb, befanden sich nur noch zwei deutsche NS-Täter in Westeuropa in Haft: Franz Fischer und Ferdinand aus der Fünften, die verbliebenen »Zwei von Breda«.

Neben Außenminister Genscher nahm sich nun vor allem Richard von Weizsäcker, ab Mai 1984 Bundespräsident, der beiden Häftlinge an. Als junger Mann hatte er seinem Vater Ernst von Weizsäcker in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen als Hilfsverteidiger gedient; der Vater war unter anderem verurteilt worden, weil er an der Deportation französischer Juden nach Auschwitz mitgewirkt hatte.

Erstmals intervenierte der Bundespräsident Ende Mai 1985 während seines Staatsbesuchs in den Niederlanden, nur wenige Wochen nach seiner berühmten Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes. Dazu wurde kurz vor dem Festbankett in Amsterdam der damalige niederländische Justizminister Frits Korthals Altes in das Königliche Palais gebeten. »Es war das einzige Mal in meiner Karriere, dass das Staatsoberhaupt eines anderen Landes mich sprechen wollte«, sagt der heute 87-Jährige. »Ein Staatsoberhaupt spricht normalerweise nicht mit dem Justizminister.«

Im oberen Geschoss des Schlosses sagte der Bundespräsident, wie er später festhielt: Die »Empfindlichkeiten der Verfolgten der deutschen Besatzung« seien ihm bewusst, »dies schloss jedoch die immer

neue Erörterung vom Sinn des Rechts, des Strafvollzugs und der Gnade nicht aus«. Und: Er melde sich nicht zu Wort, »um einem öffentlichen Druck aus Deutschland gerecht zu werden«.

In der Bundesrepublik hatten sich die Reihen der »alten Kameraden« aus Altersgründen gelichtet. In dem Gespräch begründete Weizsäcker sein Engagement mit seinem eigenen »Gewissen und Rechtsempfinden«. Der Justizminister wollte ihm keinerlei Zusagen machen.

In den folgenden Jahren nahmen die öffentlichen Diskussionen in den Niederlanden über die »Zwei von Breda« zu. Am 27. Januar 1989, um 13 Uhr, beschloss das Parlament schließlich, die beiden freizulassen. Nur anderthalb Stunden später, um 14.30 Uhr, verließen sie in einem Krankenwagen das Gefängnisgelände, begleitet von einer Ärztin und einem Polizisten. Dann brachte man die Greise über die Grenze nach Deutschland. Noch am selben Tag dankte Bundespräsident von Weizsäcker dem niederländischen Parlament. Ferdinand aus der Fünften starb knapp drei Monaten später, Franz Fischer wenige Monate darauf.

Mail: felix.bohr@spiegel.de, twitter: @felix_bohr

SPIEGEL-Redakteur Bohr, 35, wurde über das Thema dieses Artikels promoviert. Seine Dissertation erscheint jetzt bei Suhrkamp: »Die Kriegsverbrecherlobby. Bundesdeutsche Hilfe für im Ausland inhaftierte NS-Täter.«